

Foto: dpa

PETER HARRY CARSTENSEN

Agrarexperte in Stoibers Kompetenzteam

Als weiteres Mitglied in seinem Kompetenzteam hat der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, am 26. Juli auf einem Bauernhof in Tornesch den CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Harry Carstensen vorgestellt.

Der anerkannte Agrar-Experte und seit 1994 Vorsitzende des Bundestags-

ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft wird in Stoibers Kompetenzteam für die Bereiche Lebensmittel, Landwirtschaft und ländliche Räume zuständig sein. Edmund Stoiber: „Beim Fachmann Carstensen sind die Bauern endlich wieder in guten Händen.“

Fortsetzung Seite 2

INHALT

WAHLKAMPF

„Mit den Menschen reden“. Sommertour des Kanzlerkandidaten der Union, Edmund Stoiber.

SEITE 4 - 7

DOKUMENTATION

Offensive für einen zukunftsfähigen Sozialstaat. Eckpunktepapier.

Vorgestellt von Edmund Stoiber und Horst Seehofer

INNENTEIL

Bei der SPD
liegen die
Nerven **blank**



Dass Schröders „ruhige Hand“ zum Synonym für politischen Stillstand geworden ist, ist

fast jedem in Deutschland geläufig. Dass sie auch das Merkmal des SPD-Wahlkampfes ist, hat jetzt Franz Müntefering bemerkt.

„Die demoskopischen Zahlen lassen uns nicht kalt“, verkündet er, „die Ruhe muss raus.“ Deshalb: Beginn der heißen Wahlkampfphase bei der SPD 18 Tage früher als geplant. – Überzeugender lässt sich der bisherige Wahlkampfeserfolg von CDU und CSU nicht darstellen. Wenn bei der SPD die Nerven blank liegen, dann weil Rot-Grün der Wechselstimmung in Deutschland nichts mehr entgegen setzen kann.

Die Landwirtschaft braucht einen höheren **Stellenwert**

Fortsetzung von Seite 1

■ Die konventionellen Bauern dürfen nicht länger diskriminiert werden. Und: ■ Der Verbraucherschutz muss endlich funktionieren.

Diese beiden Forderungen sind die beiden Hauptpunkte der Kritik von Carstensen an der noch amtierenden Landwirtschaftsministerin: ■ „Wir brauchen nicht Klasse statt Masse, wie Frau Künast fordert, sondern Masse, die Klasse ist.“ ■ „Der Verbraucherschutz muss europaweit betrieben werden. Sonst kann niemand wissen, ob auch die Produkte, die aus dem Ausland kommen, sicher sind.“

„Wenig gelungen“ ist die Politik von Renate Künast. Peter Harry Carstensen: „Sie hat viel über die Agrar-Wende geschmeckelt und doch nur gespalten; versucht, einzig auf Ökolandbau zu setzen, und damit nur ein unfinanzierbares Subventionsloch geschaffen.“

Deutschland brauche aber wettbewerbsfähige Betriebe zu Rahmenbedingungen, die alle Verbraucher schützen, Sicherheit und Qualität nicht nur denen garantieren, die viel Geld haben.

„So ziemlich alles, was Frau Künast nicht hat,“ charakterisiert den 55-Jährigen: Er hat ■ auf einem Bauernhof gelernt, ■ war für die Landwirtschaftskammer tätig, ■ hat an einer Landwirtschaftsschule unterrichtet, ■ ist Mitglied im Jagd- und im Fischereiverband, ■ sitzt im Aufsichtsrat des Nahrungsmittelproduzenten Nordfleisch AG.

„Er spricht die Sprache der Landwirte und wird von ihnen auch verstanden“, bringt Edmund Stoiber die Vorzüge des ausgewiesenen Fachmanns auf den Punkt: „Er wird die Episode beenden, in der sich eine Hobby-Gärtnerin erdreistet hat, den deutschen Bauern vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben.“

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53559 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Union liegt **deutlich** vorn. SPD bricht ein

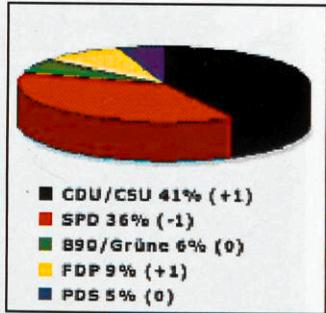
Gut acht Wochen vor der Wahl wird Schwarz-Gelb immer wahrscheinlicher. Zu diesem Ergebnis kommt das zweite ZDF-Politbarometer im Juli 2002, erhoben von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen.

Nach der Scharping-Entlassung, der Telekom-Blamage und den hohen Arbeitslosenzahlen sind die Werte für die SPD weiter eingebrochen. Würden am nächsten Sonntag Bundestagswahlen stattfinden, würde die Union gegenüber der letzten Umfrage einen Prozentpunkt zulegen und 41 Prozent der Stimmen erhalten. Die SPD würde einen Prozentpunkt verlieren und nur noch 36 Prozent der Stimmen bekommen. Die FDP verbessert sich um einen Prozentpunkt auf 9 Prozent, B90/Grüne bleiben unverändert bei 6 Prozent, die PDS stagniert bei 5 Prozent.

Auch der Kompetenzvorsprung der Union bei den Themen Wirtschaft und Arbeitsplätze hat sich gegenüber der SPD weiterhin vergrößert. Unter den 1262 für die wahlberechtigte Bevölkerung repräsentativen Befragten trauen 38 Prozent der Union die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu. Nur 22 Prozent denken dies von der SPD.

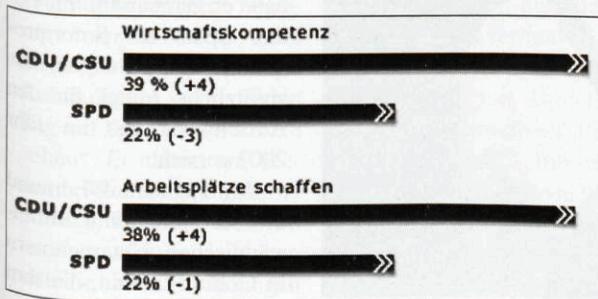
SPD abgeschlagen

Ganz ähnlich sieht es beim Thema Wirtschaft aus: Gegenüber den Werten vom ersten Politbarometer Anfang Juli hat sich der Kompetenzvorsprung der Union gegenüber der SPD mit 9 Prozentpunkten weiter vergrößert. Inzwischen liegt die SPD mit 22 Prozent abgeschlagen hinter der Union mit 38 Prozent.



Wahlkampf- Termine Angela Merkel

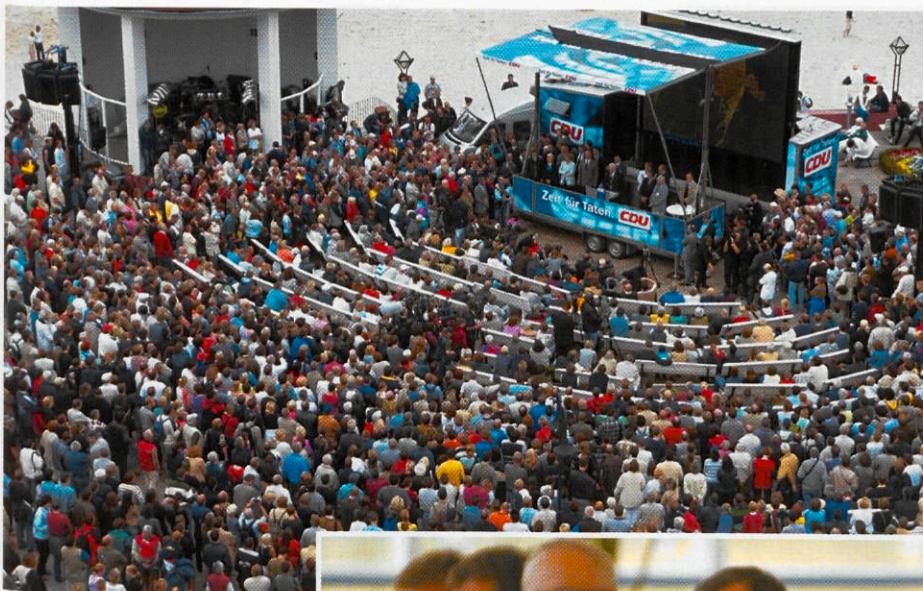
- 12. August: Osnabrück und Münster ■
- 13. August: Wismar und Lübeck ■
- 14. August: Stade und Bremerhaven ■
- 15. August: Köln ■
- 16. August: Stralsund ■
- 17. August: Zingst ■
- 19. August: Rendsburg und Hamburg ■
- 20. August: Magdeburg und Berlin-Lichtenberg ■
- 21. August: Bielefeld, Hamm und Bochum ■
- 22. August: Werningerode und Göttingen ■
- 23. August: Frankfurt/O. und Luckenwalde ■
- 26. August: Güstrow und Ludwigslust ■
- 27. August: Pasewalk und Zinnowitz ■
- 29. August: Jena und Suhl ■
- 30. August: Zittau und Meißen





Die „Übergabe des Staffelfstabs“ fand am 20. Juli im Ostseebad Binz auf Rügen statt. Angela Merkel beendete ihre Sommertour, und die von Edmund Stoiber begann. Gemeinsam beide an einem CDU-Fest teil. Vor 3000 Zuhörern betonte Stoiber, dass es „ein gesamtdeutsches Anliegen sei, die neuen Länder wieder hoch zu bringen“. Deshalb habe er gemeinsam mit Lothar Späth ein Sofortprogramm vorgeschlagen, das zusätzliche Mittel für den Aufschwung Ost im Jahr 2003 vorsieht.

Am Tag darauf: Edmund Stoiber spricht mit mittelständischen Unternehmern in Göhren-Lebbin, die ihm



Mit den Menschen reden

Sommertour des
Kanzlerkandidaten
der Union, Edmund
Stoiber, vom 20. Juli
bis 3. August



am Ende seiner Rede begeistert applaudieren, und macht auch hier seine Ankündigung wahr, „jeden Tag auf die Marktplätze zu gehen“. Er nimmt am Seefest in Waren an der Müritz mit der Jungen Union teil und hört Zurufe, in denen sich die hohen Erwartungen

ausdrücken, die die Menschen mit ihm verbinden.

Nach einem Besuch in Travemünde mit Besichtigung der Viermastbark „Passat“ geht es am 24. Juli weiter nach Hamburg. Erste Station: der Terminal von Eurogate, ein Containerlogistik-Konzern mit 700 Beschäftig-

ten. „Herr Stoiber ist sehr sympathisch“, sagt eine junge Arbeiterin. Er habe sie zu ihrer Arbeit oben auf dem Container-Kran befragt. „Der speichert das bestimmt“, ist sich die Frau ganz sicher. Stoiber ist von der Aufbruchstimmung und dem anhaltenden Wachstum im Hambur-



ger Hafen beeindruckt: Hier zeige sich, dass es „auch in einem Wirtschaftsabschwung noch Wachstumsinseln gibt“.

Den ersten Halt in Bayern macht Edmund Stoiber im Kurpark des Kneipkurorts Kötzing. Zusammen mit - Politikern aus Niederbayern und der Oberpfalz besucht er am 27. Juli den Familientag der ostbayerischen CSU. Vor mehr als 4000 Zuhörern bekräftigt er die Pläne der Union zur Einführung eines Familiengeldes. Diese Förderung müsse aber auch in der Gesellschaft durch eine neue Einstellung Familien

und Alleinerziehenden gegenüber ergänzt werden.“

Eine katholische Kindertagesstätte besucht Stoiber auf seiner Reise durch Rheinland-Pfalz. Auch hier ist es das Thema Familie, Kinder und Erziehung, das er auf dem Spielplatz der Tagesstätte mit Erzieherinnen, Elternvertretern und Journalisten diskutiert.

Was er dabei über die Alltagsprobleme der Kinderbetreuung hört, veranlasst ihn zur Feststellung: „Unsere Gesellschaft ist immer noch zu sehr auf die Bedürfnisse der Erwachsenenwelt ausgerichtet. Ein Grund dafür,

warum viele Probleme schon zu Erziehungszeiten entstehen.“ Stoiber ist beeindruckt vom Engagement der Erzieherinnen: „Ich habe hohen Respekt vor Ihren Leistungen!“ Die Integration ausländischer Kinder leisten sie, aber auch die erhöhte Betreuung vieler deutscher Kinder, die von zu Hause zu wenig an Sprachvermögen und sonstigen Fertigkeiten mitbringen.

Weitere Station: der Harz. Auch hier spürt der Wahlkämpfer die gute Stimmung für die Union, und eine Zeitung findet „Stoiber siegessicher in Gelassenheit“. **UD**



LOTHAR SPÄTH:

Stellt Schröder **Ökosteuer-**erhöhung in Frage?

Zum kategorischen Ausschluss von Steuererhöhungen durch Bundeskanzler Schröder im n-tv-Sommerinterview erklärte Lothar Späth:

Wo er Recht hat, da hat er Recht. Wenn er sagt, dass Steuererhöhungen „in der jetzigen konjunkturellen Situation ökonomisch unsinnig“ seien, dann muss er die nächste Erhöhung der Ökosteuer aussetzen. Tatsächlich ist im Hinblick auf die gefährliche Zurückhaltung im Konsumbereich und das sich schlecht entwickelnden Geschäftsklima eine weitere Erhöhung der Ökosteuer Gift für die Ökonomie.

Verbesserung der Kommunalfinanzen nur bei **Ablösung** von Rot-Grün

Aktuelle Daten

Das bundesweite Körperschaftsteueraufkommen ist im ersten Halbjahr 2002 auf den Tiefstand von ./ 1,3 Mrd. € gesunken. Im Vergleichszeitraum des Jahres 2001 betrug das Aufkommen noch 2,1 Mrd. €, im Jahr 2000 noch knapp 13,8 Mrd. €.

Das Gewerbesteueraufkommen ist nach den Angaben der Verbände im ersten Quartal 2002 gegenüber dem Vorjahreszeitraum bundesweit erneut um 7,9 % zurückgegangen (Bayern ./ 8,3 %). Besonders deutlich sind die Gewerbesteuerrückgänge bei den kreisfreien Städten.

Gründe für den Rückgang des Aufkommens bei der Körperschaftsteuer und bei der Gewerbesteuer

■ Die wesentlichen Gründe für den Rückgang des Körperschaftsteueraufkommens sind:

- ▶ die Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf 25 % ab 1. Januar 2001,
- ▶ die übermäßige Ausschüttung der alten Eigenkapitaltöpfe, die schneller

RÜCKGANG BEI KÖRPERSCHAFT- UND GEWERBE- STEUER: DATEN UND GRÜNDE

als ursprünglich angenommen stattfindet und deshalb zu höheren Steuererstattungen an Unternehmen führt,

- ▶ die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen bei Beteiligungen von Kapitalgesellschaften an Kapitalgesellschaften.
- ▶ die schwache Konjunktur.

■ **Auswirkungen auf das Gewerbesteueraufkommen haben von den genannten Punkten nur die schwache Konjunkturerwicklung und die Steuerfreiheit der Veräußerungsgewinne. Die beiden anderen Punkte hingegen tangieren die Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer nicht.**

Schlussfolgerungen

■ Das Desaster beim Körperschaftsteueraufkommen war entgegen den Aussagen der Bundesregierung kein

kurzfristiger Einmaleffekt.

■ Die Bundesregierung hat sich bei den finanziellen Auswirkungen ihrer Änderungen bei der Körperschaftsteuer grob verkalkuliert und trägt die Verantwortung für den Einbruch des Aufkommens.

■ Mit ihrer verfehlten Politik gegen Wachstum und Beschäftigung tut Rot-Grün ein Übriges, um die Steuereinnahmen weiter auf Sinkflug zu halten.

■ Die Union hat das Thema frühzeitig aufgegriffen und insbesondere eine Überprüfung der uneingeschränkten Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen verlangt.

■ Mit unserer Bundesratsinitiative vom 30.11.2001 haben wir die Reduzierung der Gewerbesteuerumlage auf das Niveau vor der Steuerreform gefordert. Denn die Geschäftsgrundlage für die von Rot-Grün durchgesetzte Erhöhung der Gewerbesteuerumlage war entfallen. Die Bundesregierung hat nämlich mit dem Verzicht auf die Anpassung der Branchenabschreibungstabellen eine der Gegenfinanzierungsmaßnahmen des Steuersenkungsgesetzes zugunsten der Kommunen aufgegeben.

Unsere Bundesratsinitiative ist mit der Mehrheit der SPD-geführten Länder am 20.12.2001 im Bundesrat abgelehnt worden.

Erst vor kurzem hat die rot-grüne Mehrheit im Deutschen Bundestag einen erneuten Vorstoß der Union abgeschmettert.

■ Rot-Grün hat viel zu lange die Augen vor dem Wegbrechen der Gewerbesteuer verschlossen und eine Gemeindefinanzreform auf die lange Bank geschoben.

■ Eine rasch wirkende Verbesserung für die Kommunal Finanzen gibt es nur bei einer Ablösung von Rot-Grün im Herbst 2002.

PETER GÖTZ:

Schröder regiert die Kommunen kaputt

Zur Lage der Städte und Gemeinden erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Städte und Gemeinden wurden in vier Jahren rot-grüner Politik an den Rand des finanziellen Ruins regiert.

Rücksichtslos hat die Schröder-Regierung ständig neue Aufgaben ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich auf kommunale

Haushalte verschoben. Die Grundsicherung bei der Renterrente und die Finanzierung der Langzeitarbeitslosigkeit wurden zulasten kommunaler Haushalte auf den Weg gebracht. Die Steuereinnahmen sinken so schnell wie noch nie. Zusätzlich hat Rot-Grün durch die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage die Steuereinnahmen den Kommunen weggenommen.

Die kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr. Halbjahreszahlen des Deutschen Städtetages machen es deutlich. Deshalb jetzt: Schluss mit dem rot-grünen Experiment. Nur mit starken Städten und Gemeinden gibt es in Deutschland einen Aufschwung. Deshalb fordern die Kommunen zurecht einen Politikwechsel.

MATTHIAS WISSMANN:

Quittung für rot-grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik

Zur Entwicklung der Steuereinnahmen im ersten Halbjahr erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die rot-grüne Finanzpolitik steht vor einem Scherbenhaufen. Der massive Einbruch bei den Steuerein-

nahmen ist die Quittung für eine verfehlte und einfalllose Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Es war ein Kardinalfehler der Schröder-Regierung, die Wirtschaftspolitik dem Finanzminister anzuvertrauen. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik muss auf dynamische Wachstumsprozesse setzen. Der einseitige Blick des Finanzministers auf Einnahmen und Ausgaben hat diese Perspektive ausgeblendet. Die Folgen dieser Fehlentscheidung müssen Bund, Länder und Gemeinden durch geringere Steuereinnahmen jetzt ertragen.

PETER RAUEN:

Unter Rot-Grün immer weiter bergab

Zu dem vom Münchner ifo-Institut veröffentlichten „Index“ zur wirtschaftlichen Lage erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Bundesregierung hofft seit Monaten auf den Wirtschaftsaufschwung – vergeblich. Tatsächlich geht es unter Rot-Grün immer weiter bergab. Der ifo-Index ist im Juli erneut unter 90 Punkte gesunken. Dort befand er sich zuletzt in der

DIETRICH AUSTERMANN:

Rot-grüne Wahlwerbung aus Steuermitteln

Zur Versendung des „Geschäftsberichts“ der Bundesregierung erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Der „Bericht“ ist eine umfangreiche und aufwendig gestaltete Broschüre zur lobenden „Erläuterung“ der Politik der rot-grünen Bundesregierung, ein politisch einseitiges Machwerk zur undifferenzierten Beweih-räucherung der tatsächlich gescheiterten Politik von Schröder, Eichel und Co. Mit der Versendung dieser aus Steuermitteln hergestellten teuren Broschüre an Bürger und Unternehmen nur wenige Wochen vor der Bundestagswahl verstößt die Bundesregierung bewusst gegen das Grundgesetz. Nach der seit Jahr-

zehnten bekannten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts darf sogenanntes Informationsmaterial der Bundesregierung in nahem zeitlichen Zusammenhang mit einer Bundestagswahl nicht mehr verwendet werden. Steuermittel sollen nicht auf dem Umweg über eine undifferenzierte Sympathiewerbung den die Bundesregierung tragenden Parteien in der bevorstehenden Wahl zugute kommen. Die unge-nierte Versendung dieses „Geschäftsberichts“ der Bundesregierung keine zwei Monate vor der nächsten Bundestagswahl ist eine klare Missachtung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und ein Verstoß gegen das Grundgesetz.

zweiten Jahreshälfte 2001 sowie zu Beginn des Jahres 2002. Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit liegt bei 4,1 Mio. und steigt weiter an. Im Mittelstand steigen die Insolvenzzahlen dramatisch an, aufgrund 40.000 in 2002 (bisheriger Rekord: 32.300 in 2001).

Grund ist eine verfehlte Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unter Rot-Grün.

Noch letzte Woche malte Bundeswirtschaftsminister Müller jetzt in seinem Wirtschaftsbericht für das kommende Jahr Wachstumsraten von jährlich real 2,5 bis 3 %

an die Wand, und er prognostizierte zwei Millionen neue Jobs und eine Arbeitslosigkeit von unter 3 Mio. zum Ende der nächsten Legislaturperiode.

MARIA BÖHMER:

Auf die Züchtung menschlicher embryonaler Stammzellen kein Patent

Zur Entscheidung des Europäischen Patentamtes, das umstrittene Stammzellpatent einzuschränken, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Entscheidung, das umstrittene „Edinburgh-Patent“ zur Gewinnung von Stammzellen einzuschränken, ist sehr zu begrüßen. Auf die Züchtung von menschlichen embryonalen Stammzellen darf es kein Patent geben. Schließlich ist der Mensch keine Maschine oder eine Idee, an der Rechte erworben werden können.

Besonders ist als Erfolg zu werten, dass nicht nur formale, sondern auch ethische Bedenken zu dieser Einschränkung führten. Denn unsere Vorstellungen von Menschenwürde und Schutz

FRIEDRICH MERZ:

Feinfühlig im Hören, entschieden im Handeln

Zum Tode von Kardinal Degenhardt erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Mit großer Bestürzung habe ich vom plötzlichen Tode von Kardinal Degenhardt erfahren.

Mit ihm verliert das Bistum Paderborn einen herausragenden Kirchenführer und Repräsentanten, der seiner westfälischen Heimat eng verbunden war und der bei den Menschen, Christen wie Nichtchristen, hohe Anerkennung und hohen Respekt erfahren hat. Ich selbst verliere mit Kardinal Degenhardt nicht nur „meinen“ Bischof, sondern auch einen klugen Ratgeber und einen angenehmen und verlässlichen Gesprächspartner.

Kardinal Degenhardt hat es immer vorgezogen, seine Arbeit im Stillen zu tun. Das galt jedoch nicht, wenn es ihm um grundsätzliche Fragen des Glaubens gegangen ist. In seinem langen Wirken hat er sich immer wieder für die Rechte der Menschen in der Arbeitswelt engagiert. Papst Johannes Paul II. hat ihn anlässlich seines 75. Geburtstages im vergangenen Jahr als „feinfühlig im Hören und entschieden im Handeln“ charakterisiert. Bescheidenheit, tiefe Frömmigkeit und eine im besten Sinne des Wortes konservative Grundhaltung waren Attribute, die ihm zugesprochen worden sind. Wir werden Kardinal Degenhardt ein ehrendes Andenken bewahren.

nem Verkehrsmittel sonst. Auch die Reisezeiten mit der Bahn von Brüssel und London hin zur Mainmetropole werden künftig wesentlich attraktiver sein als bisher.

Ich hoffe, dass die neue Verbindung nach der vollen Inbetriebnahme zum Fahrplanwechsel im Dezember

dauerhaft in ausreichender Taktzahl und zu einem attraktiven Preis angeboten wird. Nur so wird die Neubau- strecke sich auszahlen und zur notwendigen Entlastung des Bundesfernstraßen- netzes und zur wünschens- werten Reduktion von Kurz- streckenflügen führen. **UD**

des menschlichen Lebens haben höchste Priorität.

Damit solche „Versehen“ nicht mehr passieren können, sollte die Praxis der europäischen Patentvergabe stärker kontrolliert und überprüft werden. Auch ein Gesetz zur Umsetzung der EU-Biopatentrichtlinie ist längst überfällig.

KLAUS LIPPOLD:

ICE-Neubau- strecke ein großer Gewinn für die Verkehrs- infrastruktur

Zur Inbetriebnahme der ICE-Neubau- strecke Köln- Rhein/Main erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU- Bundestagsfraktion:

Ich begrüße, dass dieses hervorragende Projekt in der Geschichte der deutschen Eisenbahn, das die unionsge- führte Bundesregierung auf den Weg gebracht hatte, nun in Betrieb geht.

Die neue ICE-Verbin- dung optimiert die nationale und internationale Schienen- verkehrsanbindung der Bal- lungsräume Frankfurt und Köln. Die beiden Wirt- schaftszentren sind mit dem ICE künftig so schnell gegen- seitig erreichbar wie mit kei-

ANNETTE WIDMANN-MAUZ:

Änderung des UWG darf nicht zum Ausverkauf des Facheinzelhandels führen

Zu der von der Bundesregierung angekündigten Aufhebung der zeitlichen Begrenzung von Rabattaktionen im Handel und anderen Vorschlägen zur Reform des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) erklärte die Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Lange schon warten die Verbraucher auf eine Reform des UWG. Die Union steht für das Konzept des aufgeklärten und mündigen Verbrauchers, der selbstständig seine Entscheidungen trifft und nicht über die Maßen geschützt werden muß. Die Union begrüßt daher, dass die Expertenkommission aus Handel und Bundesregierung erste Ergebnisse erzielt hat.

Preissenkungen nicht vorenthalten

So müssen die Verbraucher von Vergünstigungen im Handel nicht nur im Schlussverkauf profitieren können. Angebliche Schutzvorschriften dürfen ihnen



Preissenkungen nicht vorenthalten. Daher besteht bei einigen Vorschriften des UWG Reformbedarf.

Ein fairer Wettbewerb schützt aber immer auch die Verbraucher. Eine Reform muß daher langfristig angelegt sein, darf nicht dem Zeitgeist, sondern muss den wirklichen Bedürfnissen der Menschen entsprechen und langfristige Auswirkungen berücksichtigen. Wir setzen uns für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des mittelständischen Einzelhandels gegenüber den Großhandelsketten ein. Wir ermutigen aber die Mittelständler, in Kundenservice und individuelle Kundenbindung zu investieren und damit ihre Wettbewerbsposition zu stärken. Die Verbraucher werden dem aufgeschlossen gegenüber stehen.

Dennoch muß die Reform des Wettbewerbsrechts auf EU-Ebene schnellstmöglich angestrebt werden, wie wir das auch schon lange fordern. Denn Wettbewerbsverzerrungen und eine Absenkung des Verbraucherschutzniveaus im grenzüberschreitenden Handel müssen vermieden werden. Eine Rahmenrichtlinie – wie im EU-Grünbuch für Verbraucherschutz aufgeführt – ist dazu der richtige Weg.

Wettbewerb sichert Qualität

Wir begrüßen die Einbeziehung der Verbraucher in den Schutzbereich des UWG. Aber gerade auch der faire Wettbewerb unter den Anbietern sichert den Verbrauchern Vorteile. Denn ein funktionierender Wettbewerb sichert Vielfalt und Qualität des Angebots. Daher streben wir auch den Schutz der Wettbewerber in einer EU-Rahmenrichtlinie an und fordern die Bundesregierung auf, sich dafür nachdrücklich in der EU einzusetzen.

EIN DRITTEL der Abgeordneten des Bundestags haben bei der Vereidigung des neuen Bundesverteidigungsministers Struck am 25. Juli gefehlt. Am dünnsten waren die Reihen der FDP besetzt. Die Verschwendung von Steuergeldern und Inszenierung eines sechs Wochen vor der Wahl unnötigen Schauspiels wollten viele von denen, die sich für ihr Fernbleiben entschuldigten, nicht mitmachen.

HIOSBOTSCHAFT

von der Gewerbesteuerfront – das sind nach den Worten der Präsidentin des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, Petra Roth, die neuesten Zahlen. Im vergangenen Jahr ist das Gewerbesteueraufkommen in vielen Großstädten bereits um 20 Prozent gesunken. Für die erste Hälfte dieses Jahres muss mit einem weiteren Minus von 13,6 Prozent gerechnet werden. Gleichzeitig stiegen die Ausgaben der Kommunen, weil der Bund ihnen neue Lasten aufgebürdet hat – z.B. die Mitfinanzierung des erhöhten Kindergelds und der Rentenreform. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände errechnete für das erste Halbjahr 2001 allein bei den Sozialhilfeausgaben ei-

nen Anstieg in Höhe von 14 Milliarden Euro.

SINKENDE Aktienkurse dämpfen einer Untersuchung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zufolge die Kauflust und beeinträchtigen das Wirtschaftswachstum. In Deutschland hat der Rückgang des Aktienvermögens um zehn Prozent zur Folge, dass die Einzelhandelsumsätze im Schnitt um 0,5 Prozent sinken.

DIE MIETPREISE für Büroflächen sind im ersten Halbjahr 2002 gesunken – in den sechs wichtigsten deutschen Bürostandorten – Frankfurt am Main, München, Düsseldorf, Stuttgart, Hamburg und Berlin – zum Teil ganz erheblich. Wie die Immobilienberatung DTZ Zadelhoff berichtet, belaufen sich die Neuanmietungen in diesem Jahr auf rund 2,2 Millionen Quadratmeter Bürofläche. Das ist ein Rückgang um rund 27 Prozent.

94 PROZENT der von Emnid befragten Männer und Frauen in Deutschland sind der Meinung, dass Spitzen-Manager, die ihrem Unternehmen Schaden, die Konsequenzen ihres Fehlverhaltens mitverantworten müssen. Unter Konsequenzen

wird Haftung mit dem Privatvermögen (31 Prozent) verstanden, Androhung strafrechtlicher Verfolgung (23 Prozent), Durchsetzung eines sonstigen finanziellen Ausgleichs (22 Prozent), fristlose Entlassung ohne Abfindung (18 Prozent).

WINDKRAFT gewinnt immer mehr an Bedeutung. Von Januar bis Juni dieses Jahres sind Windräder mit einer Leistung von 1.100 Megawatt neu installiert worden, teilte das Internationale Wirtschaftsforum Regenerative Energie (IWR) in Münster mit. Im gleichen Zeitraum des letzten Jahres waren es neue Anlagen mit nur 813 Megawatt Leistung.

BEHINDERTE Menschen zur Wahl ermutigen will eine Wahlhilfebroschüre, die in einer Auflage von 120.000 Exemplaren vom Bundestagspräsidium herausgegeben wird. Viele Behinderte wissen nicht, dass sie wählen dürfen, manche scheuen die damit für sie verbundenen Probleme – etwa die Inanspruchnahme von Hilfe, auf die Sehbehinderte angewiesen sind. Das Gleichstellungsgesetz sieht aber den Anspruch Behinderter auf eine ihrem Handicap gemäße Hilfestellung vor. **UD**

60 Prozent der Wähler halten Hartz-Vorschläge für **Wahlkampfmanöver**

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle widerlegt die Behauptungen des Kanzlers im ZDF-Sommerinterview vom 21. Juli:

Schröder: „Es geht um die Fortführung einer Koalition [zwischen SPD und Grünen], die gut war für unser Land – und die viel bewegt hat.“

FAKT:

Steigende Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist seit Dezember 2000 saisonbereinigt von 3,782 Mio. auf 4,092 Mio. Personen im Juni 2002 angestiegen. Das waren 254.000 Arbeitslose mehr als im Vorjahresmonat (Bundesanstalt für Arbeit, S. 4). Im Jahresdurchschnitt 2002 wird es nach aktueller Prognose des regierungsnahen DIW 4,025 Mio. Arbeitslose geben, 172.000 mehr als im letzten Jahr.

Gesundheitssystem marode

Die Finanzen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) haben sich unter der Verantwortung der Regierung Schröder von einem

Polster in Höhe von 0,86 Mrd. Euro im Jahr 1997 zu einem Defizit im Jahr 2001 in Höhe von 2,9 Mrd. Euro entwickelt (Bundesgesundheitsministerium). Der durchschnittliche Krankenkassenbeitrag in der GKV, der zurzeit noch bei 14,0 Prozent des Bruttolohns liegt (Bundesgesundheitsministerium), droht im nächsten Jahr aufgrund eines neuen Ausgabenrekords der Kassen auf 14,5 Prozent anzusteigen (Spiegel Nr. 29, 15. Juli 2002).

Steigende Rentenbeiträge

Arbeitsminister Riester hatte noch Anfang 2001 eine Senkung der Beiträge auf 18,6% im Jahr 2005 versprochen. Jetzt werden die Rentenversicherungsbeiträge steigen – nach Prognose der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) im nächsten Jahr auf mindestens 19,3 Prozent allein aufgrund der schlechten Beschäftigungsentwicklung (Welt, 17. Juli 2002).

Pleitenrekord

Seit Rot-Grün regiert, ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen von Jahr zu Jahr gestiegen: Von 26.400 im Jahr 1999 über 28.200 im Jahr 2000 (Statistisches

Bundesamt) auf 32.400 im Jahr 2001. Das ist ein neuer Rekordstand und entspricht einem Anstieg von 16,0 % gegenüber dem Jahr 2000 (Creditreform).

Schröder: „Was den Arbeitsmarkt angeht: Es wird immer übersehen, dass da eine Menge passiert ist. (...) Sie (Zahl von nur 3,5 Millionen Arbeitslosen) ist nicht erreicht worden, weil wir weltwirtschaftliche Verwerfungen hatten. (...) Die richtige Reformrichtung ist die, die Herr Hartz mit seiner Kommission eingeschlagen hat. Nämlich eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Und diese neue Ordnung wird auch umgesetzt werden, und zwar auf der Basis dessen, was er vorschlägt.“

FAKT:

Steigende Arbeitslosigkeit ist hausgemacht

Nicht einmal demographischer Abbaueffekt tritt ein: Der Arbeitsmarkt wird allein aus demographischen Gründen jedes Jahr um mehr als 200.000 Personen entlastet

(Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S.9). Seit Beginn der Regierung Schröder im Oktober 1998 waren das über 600.000 Personen. Ohne jedes Zutun der Regierung hätte die Zahl der Arbeitslosen von 3,89 Mio. im Oktober 1998 bis Oktober 2001 auf 3,29 Mio. sinken müssen. In Wirklichkeit lag sie im Oktober 2001 bei 3,73 Millionen.

Anderen Europäischen Staaten geht es unter gleichen Bedingungen besser

Die Arbeitslosenquote lag in Deutschland 2001 mit 7,9 % erstmals seit dem zweiten Weltkrieg über dem EU-Wert (Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit). Auch in den Jahren 2002 und 2003 ändert sich daran unter dieser Regierung nach Prognose der Bundesanstalt für Arbeit nichts: 2002: 8,3 % (EU: 7,8 %); 2003: 7,9 % (EU: 7,5).

Arbeitsmarktpolitik gescheitert

Jürgen Donges, ehemaliger Vorsitzender der 'Wirtschaftsweisen': „Statt den verkrusteten Arbeitsmarkt zu flexibilisieren, hat sie [die Bundesregierung] zusätzliche Regulierungen wie die Ausweitung der Mitbestimmung und das Recht auf Teilzeitarbeit auf den Weg gebracht. Das wenige, was

die Vorgängerregierung an vernünftigen Schritten eingeleitet hat, wurde dagegen zurück genommen.“ (Welt 15. Januar 2002). Eine Studie im Auftrag der Bundesregierung ergab: „Während der generelle Trend in der OECD-Welt auf eine graduelle Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und des Beschäftigungsgrades sowie auf eine Verringerung der Arbeitslosigkeit gerichtet ist, hat sich in Deutschland eine eher entgegengesetzte Tendenz manifestiert.“

Umfrage: Hartz nur Wahlkampfmanöver

Nur 27 Prozent der Deutschen meinen, die Hartz-Vorschläge leisteten einen wirksamen Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit (ZDF-Politbarometer, 12. Juli 2002). 32 Prozent glauben das nicht, 41 Prozent wissen es nicht. 60 Prozent der Wähler halten die Hartz-Vorschläge für ein Wahlkampfmanöver (infratest dimap, Report München, 8. Juli 2002). 61 Prozent glauben, die Vorschläge würden – wenn überhaupt – sehr verwässert umgesetzt werden (Emnid, n-tv, 11. Juli 2002).

Union kompetenter

Nach einer infratest-dimap-Umfrage (8. Juli, Report München), halten 54 Prozent der Befragten die Union für kompetenter bei der

Schaffung von Arbeitsplätzen, die SPD aber nur 28 Prozent. Außerdem sehen 35 Prozent die Union als Partei mit dem größeren Reformwillen an, während der SPD nur 20 Prozent diese Rolle zumessen (infratest-dimap, ARD-Deutschlandtrend, 12. Juli 2002).

Schröder: „Die PDS ist außenpolitisch völlig unsortiert, ... und deswegen funktioniert das [eine Koalition zwischen SPD und PDS] nicht. ... Mit dieser Partei geht es nicht, und mit mir schon gar nicht.“

FAKT:

Zöpel spricht aus, was Schröder denkt

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Christoph Zöpel, sagte auf einer Pressekonferenz am 24. Juni 2002 in seinem Wahlkreis Heinsberg: „Ich kann nicht dazu raten, Chancen auszulassen, um unsere Politik durchzusetzen.“ Sollte das Wahlergebnis keine Mehrheit für Union und FDP ergeben, „dann ist alles denkbar“. Er halte alle derzeit im Bundestag vertretenen Parteien für grundsätzlich miteinander koalitionsfähig. (Aachener Zeitung, 25. Juni; Die Welt, 12. Juli 2002) **UD**



SCHRÖDER/SPD

Keine Fragen bitte

ZDF-Sommerinterview: Einen Wendepunkt in der Wahlkampagne (Schröder: „Woher wollen Sie das wissen?“) durch die Rauschmisse von Sommer und Scharping kann der Kanzler ebenso wenig erkennen wie einen Vorsprung von Unionkandidat Stoiber („Da haben Sie nicht Recht“). Hartnäckige Fragen des Interviewers nach möglichen Nachwahl-Koalitionen wehrt Schröder mit dem Hinweis ab, solche Spekulationen seien Journalistensache, er rede lieber über Inhalte – um sich dann der Erörterung eben solcher Inhalte im Fall der Hartz-Kommission („Darüber jetzt zu reden, ist doch nicht seriös“) zu verweigern. Berliner Zeitung

Hilflose Hektik

Nach der Sondersitzung der SPD-Fraktion am 19. Juli trösteten sich einige Abge-

ordnete an der Hausbar des Reichstags. „Die Wahl ist verloren“, brachte ein Parlamentarier aus Hessen die trübe Stimmung auf den Punkt. So richtig es nach Ansicht der meisten Abgeordneten war, Verteidigungsminister Scharping zu entlassen, so wenig hat die schnelle Aktion der Fraktion den Glauben zurück gegeben, dass Schröder es noch einmal packt. Der Doppelschlag, Telekom-Chef Sommer und zwei Tage später Scharping, interpretieren selbst die Genossen als Ausdruck hilfloser Hektik. Symptomatisch für die schwindende Moral der Truppe ist, dass SPD-Spitzenfunktionäre hinter vorgehaltener Hand bereits über die „Zeit danach“ diskutieren – wenn Schröder nicht mehr Kanzler ist.

Wirtschaftswoche

KOMMUNEN

Menetekel

Der Steuerstaat ist kurz davor, an seiner eigenen Gefräßigkeit zu ersticken. Ob-

wohl er den privaten Haushalten mittlerweile 56 Prozent aller Einkünfte entzieht, ist er immer weniger in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen: eine moderne Infrastruktur bereit zu stellen, die Grundbedürfnisse an Sicherheit, Bildung und Gesundheit zu befriedigen. Die Pleite der Stadt München ist ein Menetekel. Man wird es so leicht nicht übersehen können wie die Warnlampen, die bei den kommunalen Spitzenverbänden schon vor drei Jahren angingen, als die jüngste Steuerreform beschlossen wurde, eine Reform, die in Wirklichkeit aber nur ein Abwälzen von Kosten auf das schwächste Glied war. Es ist alles vorausgesagt worden, dass die Kommunen ihre Investitionen drastisch zurückfahren müssten, wenn ihnen Milliarden an Gewerbesteuerentnahmen entzogen würden; dass das Ausbleiben kommunaler Aufträge eine Welle von Firmenpleiten nach sich ziehen würde – mit der weiteren Folge vermehrter Arbeitslosigkeit und wachsender Sozialausgaben.

Frankfurter Allgemeine

ÖZDEMİR

Kritik, die auf den Kritiker zurückfällt

Es geht bei Cem Özdemir nicht um irgend einen Parlamentsneuling, sondern um den innenpolitischen Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, der zum Zeitpunkt der anrühigen Kreditnahme bereits die zweite Legislaturperiode im Bundestag bestritt. In seiner Sprecherfunktion hat Özdemir gerade in den vergangenen Monaten so manches Mal eine scharfe Klinge im Zusammenhang mit der Korruptionsbekämpfung geführt. „Die jüngsten Korruptionsfälle lehren uns, dass mangelnde Transparenz ein Klima von Korruption und Vetternwirtschaft begünstigt“, formulierte Özdemir noch am 28. März dieses Jahres. Das fällt nun auf ihn zurück – und auf seine Fraktion. Auch die Schärfe, mit der grüne Parlamentsvertreter im Spendenuntersuchungsausschuss auftraten, lässt eigentlich keine Nachsicht bei Vorteilsnah-

men in den eigenen Reihen zu.

Die Welt

AKTIENKURSE

Schlimmer als Vertrauensverlust

Bewertungen wie „katastrophal“ oder „dramatisch“ klingen untertrieben angesichts eines Niedergangs des Dax um rund 20 Prozent innerhalb von nur fünf Börsentagen. Was dort geschieht, lässt sich nur als panischer Ausverkauf beschreiben. Der Verweis auf einen enttäuschenden Ausblick bei Siemens oder auf die Verwicklungen amerikanischer Großbanken in fragwürdige Geschäfte kann als Erklärung für die tägliche Kapitalvernichtung von Abermilliarden nicht herhalten. Spürbar wird vielmehr eine tiefe Verunsicherung des Publikums, die über den in den vergangenen Wochen häufig beschriebenen Vertrauensverlust hinaus geht. Das Problem ist, dass einer solchen Situation mit vernünftigen Argumenten nicht

mehr beizukommen ist. Wenn eine Pferdeherde durchgeht, muss man sie laufen lassen, bis sie müde wird. Die Welt

Was im Boom verdrängt wurde

Der deutsche Aktienindex Dax hat seit der Spitze im Frühjahr 2000 rund 60 Prozent eingebüßt. Allein seit März fiel er um fast 40 Prozent. Amerikas Dow-Jones-Index verlor in den vergangenen Monaten rund ein Viertel. Einzelne Titel wie der Telekomriese Worldcom sind heute praktisch wertlos. Hart getroffen sind vor allem Anleger, die ihr Portfolio nicht gestreut hatten. So hielten etwa Enron-Beschäftigte fast nur Aktien des eigenen Unternehmens. Manche Pensionäre missachteten die Standardregel, im Alter von Aktien in weniger riskante Anlagen umzuschichten. Die Krise deckt tiefer gehende Probleme auf, die im Boom verdrängt worden sind. Aktien sind Risikopapiere. Ihre höhere Rendite wird als Zitterprämie verdient.

Financial Times

Junge CDU-Politikerin bringt **frischen Wind** ins Potsdamer Kabinett

Am 14. August wird in Potsdam Barbara Richstein als neue Justiz- und Europaministerin von Brandenburg vereidigt.

Die Rechtsanwältin und CDU-Landtagsabgeordnete löst nach dessen Rücktritt Kurt Schelter ab und ist mit 36 Jahren das jüngste Mitglied im Kabinett von Ministerpräsident Platzek.

„Es ist ein schweres Amt, und ich schlüpfte in große Schuhe. Denn mein Vorgänger hat gute Vorarbeit geleistet“, sagte sie und kündigte für die restlichen zweieinhalb Jahre der laufenden Legislaturperiode neue Akzent u.a. beim Opferschutz und bei der Verkürzung zivilrechtlicher Verfahren an, damit Handwerker und Mitelständler ihre Forderungen



gen schneller durchsetzen können. In der Europapolitik will die neue Ministerin die Interessen Brandenburgs bei der EU-Osterweiterung vertreten.

Der CDU-Landesvorsitzende, Innenminister Jörg

Schönbohm, ist davon überzeugt, dass die „eindeutige Entscheidung“ für die geborene Baden-Württembergereine gute Wahl ist: „Frau Richstein wird unsere Erwartungen erfüllen.“

Als Tochter eines deutschen Militärattachés hat Barbara Richstein einen Teil ihrer Kindheit in Israel verbracht. Nach Abschluss ihres Studiums arbeitete sie als Assistentin der Geschäftsleitung in der freien Wirtschaft und bis zu ihrer Zulassung zur Rechtsanwaltschaft 1997 als Vorstandsreferentin der Jüdischen Gemeinde in Berlin.

„Ein Glück für die CDU“ hat die *Berliner Morgenpost* Barbara Richstein genannt. Ein Kommentar der *Märkischen Allgemeinen* findet: „Hier tritt eine junge Frau mit frischen Ideen und unverkrampften Vorstellungen von Politik an den Kabinetttisch.“ *Die Welt*: „Richstein bringt frischen Wind ins Potsdamer Kabinett.“ Die SPD bringt die Personalentscheidung in „Zugzwang“, auch ihre Ministerriege endlich zu verjüngen. **UD**

WOLFGANG BOSBACH, stellvertretenden Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat Bundestagspräsident Thierse aufgefordert, die Möglichkeit von Schadenersatzansprüchen gegenüber Abgeordneten zu prüfen, die dienstlich erworbene Lufthansa-Prämienmeilen privat genutzt haben. Der Fraktionsvorsitzende **Friedrich Merz** hat in diesem Zusammenhang den Vorschlag gemacht, die individuellen Vielfliegerkarten der Abgeordneten überhaupt abzuschaffen und durch Firmenkarten des Deutschen Bundestags zu ersetzen.

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund sucht ab 1. September 2002 bis zum Ablauf der Wahlperiode im Herbst 2004 eine/n junge/n und aktive/n

Fraktionsassistenten/ tin in Vollzeit (38,5 Stunden).

Ihre Hauptaufgabe wird die Betreuung der ehrenamtlich tätigen Ratsmitglieder und Bezirksvertreter in Dortmund sein. Die Inhalte der Aufgabengebiete sind vielfältig und reichen derzeit vom Bereich Kinder und Jugend, Soziales über Schule bis hin zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Hinzu kommt die Betreuung einiger der insgesamt zwölf CDU-Fraktionen in den Dortmunder Bezirksvertretungen.

Hierzu erstellen Sie inhaltliche Ausarbeitungen und Konzepte, Antragsentwürfe und Redebeiträge,

Broschüren, Flugblätter, Pressedienste sowie Presseauswertungen und betreiben die hierfür notwendige Quellenrecherche. Sie bereiten Termine vor Ort bei Bürgern, Institutionen und Verbänden vor und begleiten die Mandatsträger hierbei.

Die Erarbeitung von Vorschlägen für parlamentarische Initiativen auf den verschiedenen Ebenen, die das Profil der CDU im Dortmunder Rat und den Bezirksvertretungen als dynamische politische Kraft für das Oberzentrum in Westfalen schärfen, wird ebenfalls erwartet.

Eng arbeiten Sie mit den beiden weiteren Fraktionsassistenten zusammen und bilden gemeinsam mit dem Geschäftsführer die politische Komponente der serviceorientierten Arbeit der Fraktionsgeschäftsstelle in einer der größten Kommunen Deutschlands. Eine Neuordnung der Tätigkeitsfelder innerhalb des

oben beschriebenen Bereiches bleibt vorbehalten.

Zur Erfüllung dieser verantwortungsvollen Tätigkeit sind Sie in der wissenschaftlichen Arbeit erfahren und können dies durch einen Abschluß an Fachhochschule oder Hochschule nachweisen. Der Umgang mit dem PC (MS-Office-Produkte word, excel, access) ist für Sie kein Problem. Sie identifizieren sich mit den Zielen der CDU und sind bereit, auch zu unterschiedlichen Zeiten teamorientiert zu arbeiten.

Wir bieten Ihnen neben der Dotierung ihrer Arbeit angelehnt an BATIVb überdurchschnittliche zusätzliche Leistungen, ein abgeschlossenes junges Mitarbeiterteam und die Möglichkeit, sich und ihre Fähigkeiten zu präsentieren.

**Bitte senden Sie ihre
Bewerbung an: CDU-
Fraktion im Rat der
Stadt Dortmund,
Herrn GF Jürgen
Focke, Friedensplatz**

Stoiber strebt parteiübergreifenden **Konsens** an

In der Diskussion über eine weitergehende Offenlegung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten hat Edmund Stoiber gegenüber der „Mittelbayerischen Zeitung“ davor gewarnt, eine Regelung vor der Bundestagswahl „durchzupeitschen“. Er unterstrich aber die Bereitschaft der Union für eine Neuregelung

nach der Wahl. Hierfür ist nach Einschätzung von Stoiber ein „partiübergreifender Konsens“ nötig. In der SPD gibt es dagegen offensichtliche Unstimmigkeiten. Der neu gewählte Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Stiegler, sprach sich gegen den „gläsernen Abgeordneten“ aus.

Fakten zählen:

Die SPD behauptet:	Fakt ist:
<ul style="list-style-type: none"> Seit 1998 wurden 1,2 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen (+ 3,1%). 	<ul style="list-style-type: none"> Bloßer Statistiktrick: Seit 1999 werden auch bestehende 325-Euro-Jobs mitgezählt. 1998 wurden im Laufe des Jahres saisonbereinigt 640.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Demgegenüber ist die Zahl der Arbeitsplätze im Jahr 2001 um 100.000 und in diesem Jahr allein von Januar bis April schon um 59.000 gesunken.
<ul style="list-style-type: none"> Im Jahr 2001 gab es im Jahresdurchschnitt 3,852 Millionen Arbeitslose. Das waren 10 % weniger als 1998. 	<ul style="list-style-type: none"> Oktober 1998 (Schröder wird Kanzler): 3,892 Millionen Arbeitslose; Juni 2002: 3,954 Millionen. 1998 sank die Arbeitslosenzahl bis zum Oktober saisonbereinigt um 330.000 Personen. Demgegenüber stieg sie im Jahr 2001 saisonbereinigt um 163.000 und seit Beginn dieses Jahres allein bis Juni bereits um 147.000 Personen. Erstmals seit dem zweiten Weltkrieg liegt die Arbeitslosigkeit hierzulande über dem europäischen Durchschnitt.
<ul style="list-style-type: none"> Der Eingangssteuersatz ist seit 1998 von 25,9% auf 19,9%, der Spitzensteuersatz von 53% auf 48,5% gesenkt worden. 	<ul style="list-style-type: none"> Die Belastung mit Steuern und Abgaben ist so hoch wie selten zuvor: 56 Prozent des Jahres arbeitet jeder Steuerzahler ausschließlich für den Staat. Nur 1999 und 2000 lag die Abgabenlast noch höher. Gründe: Steigende Beiträge für Rente und Krankenversicherung, Erhöhung von Ökosteuer und anderen Steuern usw. Mehrbelastung allein zum 1. Januar 2002: 15 Milliarden Euro.
<ul style="list-style-type: none"> Das Kindergeld ist seit 1998 um 42 Euro auf 154 Euro angehoben worden. 	<ul style="list-style-type: none"> Das höhere Kindergeld wird durch steigende Steuern und Abgaben wieder aufgezehrt. „Die Politik meines Bruders kostet mich 2.400 Mark im Jahr.“ (Ilse Brücke, allein erziehende Mutter und Schwester Gerhard Schröders)
<ul style="list-style-type: none"> Der Bund gibt heute 8,4 Mrd. Euro für Bildung und Forschung aus, 15,5% mehr als 1998. 	<ul style="list-style-type: none"> Versprochen: „Verdoppelung der Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft in fünf Jahren“ (SPD-Garantiekarte, 1998) – Gebrochen: Versprechen zu 85% nicht gehalten. Beim PISA-Bildungstest rangieren SPD-regierte Länder am Tabellenende.
<ul style="list-style-type: none"> Der Bund nimmt im Jahr 2002 22,3 Mrd. Euro neue Schulden auf, 22,5% weniger als 1998. 	<ul style="list-style-type: none"> Die Regierung Schröder hat seit 1998 94 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft. Deutschland ist auch hier Europas Klassenletztler: Kein anderes EU-Land hat ein so hohes Haushaltsdefizit; neben Portugal wuchs seit 1998 nur in Deutschland der Anteil der Verschuldung am Bruttoinlandsprodukt noch an.
<ul style="list-style-type: none"> Heute investiert der Bund 11,53 Mrd. Euro in Straßen- und Schienenbau, 21,5% mehr als 1998. 	<ul style="list-style-type: none"> Noch nie seit 1949 hat der Bund insgesamt so wenig Geld für Investitionen ausgegeben, wie im Bundeshaushalt 2002 eingeplant. Das Zukunftsprojekt Transrapid und Großprojekte wie die ICE-Strecke Nürnberg-Erfurt und die Autobahn 14 Magdeburg-Lüneburg wurden um Jahre verzögert.
<ul style="list-style-type: none"> Die Renten sind seit der Wahl um 6,01% gestiegen, von 1995 bis 1998 dagegen um 3,54%. 	<ul style="list-style-type: none"> Die SPD blendet den Osten aus: In den neuen Bundesländern stiegen die Renten von 1995 bis 1998 um 17,09%, unter Schröder dagegen nur um 8,39%. Das Rentenniveau ist seit 1998 von 71,6% des letzten Netto-Einkommens auf 69,1% gesunken. 2030 wird es nur noch bei 62,5% liegen. Schröders Versprechen: 67% – gebrochen.

Zeit für Taten.



25. Juli 2002

Noch **59** Tage bis zur Wahl.



Foto: Laurence Chaperon

+++ „Mit den Menschen reden“

Die Sommeraktivitäten der Union im Wahlkampf +++

Mit der Sommerpause geht auch der Wahlkampf der Union in eine neue Phase. Die Sommertour von Angela Merkel mit über 50 Stationen war ein gelungener Auftakt zu einer ganzen Reihe von Sommeraktivitäten. Während die Tour der CDU-Vorsitzenden im Ostseeband Binz auf Rügen endete, begann dort die Serie von Besuchen von Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, die ihn unter dem Motto „Mit den Menschen reden“ zwei Wochen quer durchs Land führen wird. Die genauen Termine sind im Internet unter www.cdu.de abrufbar.

„Wir werden jeden Tag auf die Marktplätze gehen – nicht nur ins Fernsehen“, kündigte der Kanzlerkandidat in Binz an. Wo er den Stab von Angela Merkel aufnahm. Die Bewältigung der Arbeitslosigkeit ist die wichtigste soziale Frage, die wir lösen müssen“, sagte Stoiber unter großem Beifall von gut 5000 Anhängern. Gerhard Schröder habe den Aufbau Ost zur Chefsache erklärt, aber seine Chance vertan und eine

schlechte Bilanz vorzuweisen. „Wer seine Arbeit in den vier Jahren mit diesem Ergebnis vorlegt, der muss von den Menschen die Rote Karte bekommen.“

Besonderer Schwerpunkt der Sommeraktivitäten der Union ist die Tour „Aufschwung Ost“. Im Rahmen dieser Rundreise durch die neuen Länder machen Edmund Stoiber und Lothar Späth Station in Rostock, Göhren-Lebbin, Magdeburg, Gera, Leipzig, Dresden und Cottbus und zeigen damit: der Aufbau Ost ist für die Union nicht nur Chef-, sondern Herzensache.

„Wir haben als Union ein gutes Konzept, das wir jetzt nach draußen zu den Menschen tragen müssen“, sagte Angela Merkel zu den Sommeraktivitäten der Union. Ihre eigene 14-tägige Sommertour 2002 führte die CDU-Vorsitzende unter anderem zu den Bundeswehr-Gebirgsjägern im bayerischen Mittenwald, dem Porsche-Werk in Stuttgart, der Neuen Synagoge in Chemnitz und der Wartburg in Eisenach. „Die Union wird gemeinsam am jede

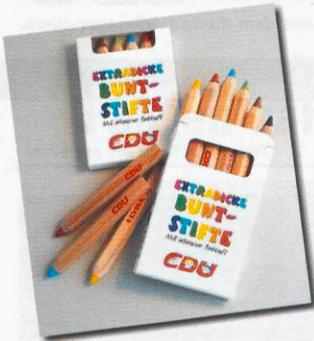
Stimme kämpfen und dabei deutlich machen, welche Weichenstellungen wir vornehmen werden für mehr Arbeitsplätze, für mehr Wachstum, für weniger Bürokratie und weniger Steuern“, sagte die CDU-Vorsitzende.

Ein Höhepunkt war der Auftritt auf dem Jugend-Sommercamp Geseke bei Paderborn. Dort traf sie gemeinsam mit Edmund Stoiber auf über 600 Jugendliche aus den Wahlkampfteams der Bundestagskandidaten. Die Jugendlichen beschäftigten sich dort ein Wochenende lang mit Wahlkampfinstrumenten wie Zielgruppenanalyse und Dialogmarketing, Sponsoring und Freiwilligenakquise, Argumentationstraining und regionaler Pressearbeit.

Ziel des Sommercamps war es, den Wahlkampf der Union weiter zu professionalisieren und deutlich zu machen, welche Schritte vor Ort noch unternommen werden können, damit die Union im September ihr Wahlziel von „40 Prozent plus X“ erreichen kann.

Impressum: CDU-Bundesgeschäftsstelle ■ Marketing und Interne Kommunikation
Klingelhoyerstraße 8 ■ 10785 Berlin ■ Telefon 0 30/2 20 70-0 ■ Telefax 0 30/2 20 70-111
e-mail: post@cdu.de ■ www.cdu.de

www.mitglied.cdu.de



CDU-Buntstifte
mit intensiver Farbkraft,
Bruch-, Wisch- und Wasserfest

Bestell-Nummer: **9250**
Preis je **10 Schachteln: 17,40 €**
inkl. MwSt.: 20,18 €

CDU-Malblock
DIN A4, 30 Blatt

Bestell-Nummer: **9878**
Preis je **20 Stück: 28,00 €**
inkl. MwSt.: 32,48 €



Mini-Schultüte,
Inhalt: 4 Buntstifte, Radiergummi,
Bleistift und CDU-Vitaminbonbons

Bestell-Nummer: **9657**
Preis je **10 Stück: 15,30 €**
inkl. MwSt.: 17,75 €



Vorderseite



Rückseite

Euro-Malbuch

Bestell-Nummer: **9744**
Preis je **25 Stück: 11,30 €**
inkl. MwSt.: 13,11 €

Stundenplan

Bestell-Nummer: 9258
 Preis je 250 Stück: 10,20 €
 inkl. MwSt.: 11,83 €

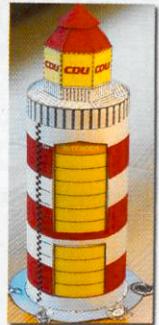
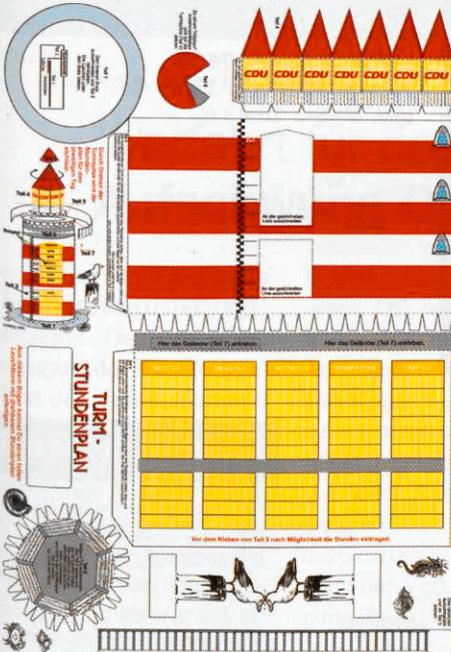


CDU-Spritztiere

Bestell-Nummer: 9559
 Preis je 30 Stück: 15,00 €
 inkl. MwSt.: 17,40 €

Reflektoren,
 bunter Mix aus
 verschiedenen
 Figuren und Symbole

Bestell-Nummer: 9558
 Preis je 30 Stück: 18,90 €
 inkl. MwSt.: 21,92 €



Bastelbogen
 mit Stundenplan
 Leuchtturm

Bestell-Nummer: 9745
 Preis je 25 Stück: 10,20 €
 inkl. MwSt.: 11,83 €

UD

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



**schützen WIR,
WAS UNS AM
WICHTIGSTEN IST.**

Schule hat begonnen: Fahren Sie bitte vorsichtig!

Zeit für Taten. **CDU**

**„Schule hat begonnen:
fahren Sie bitte vorsichtig!“**

DIN A1

Bestell-Nummer: **7679**
Preis je **50 Stück: 13,30 €**
inkl. MwSt.: 15,43 €

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.